



**Kinder in den ersten Lebensjahren** sind am besten betreut, wenn sich die Mutter ihnen voll widmen kann. Wie und ob das finanziell von der Gesellschaft unterstützt werden kann und soll, ist derzeit die Diskussion.

Photo: Franz Neumayr

## Ein Gastkommentar und falsche „Schätzungen“

„familie.scheckbuch.kommunismus“, *Quergeschrieben von Bernd Marin, 4. März*

Wenn sich ein Wissenschaftler wie Bernd Marin für eine der Streitparteien glaubt in einen ideologischen Grabenkrieg werfen zu müssen, hinterläßt das einen schalen Beigeschmack. Anstatt visionär Modelle zu entwickeln, wie es unter diesen gesellschaftspolitischen Voraussetzungen möglich ist, ja zu einem Kind zu sagen, verdammt er das Karenzgeld für alle als „familie.scheckbuch.kommunismus“. Was soll das? Ist er so weit weg von der gelebten Wirklichkeit?

Es geht nicht darum, Kindern ein „Muttersalär“ zu überweisen, ebenso wenig wie es darum geht, Unternehmerfrauen „Geld nachzuwerfen“. Letztere können, wenn sie es wollen, sich auch jetzt ein „Karenzgeld“ richten. Es geht schlicht und ergreifend darum, daß eine Mutter mit ihrem Kind ein Auskommen finden kann und für eine gewisse Zeit einen Rechtsanspruch auf eine Unterstützung durch die Solidargemeinschaft hat, wenn sie ein Kind aufzieht. Die Alterna-

tive ist heute, daß die Frauen, die „es brauchen“, zwar auch Hilfe bekommen, jedoch „Sozialhilfe“, das heißt sie müssen, weil sie ein Kind erwarten, um Almosen betteln gehen. Ist das Kommunismus, wenn Frauen diese Demütigung erspart werden soll?

„Kindermädchen für alle“ statt Kindergärten, wie Marin schreibt, kann ich nur als billige Polemik empfinden. Genauso wie es das Gegenteil wäre, jedes Kind nach der Geburt in staatliche Obhut zu geben. Warum können nicht Lösungen angeboten werden, die individuelle Wahlmöglichkeiten offen lassen? Zweifellos gibt es hinsichtlich der Kinderbetreuung noch viel zu tun, ebenso wie die Vereinbarkeit von Kind und Beruf noch sehr „Gehirnschmalz“ abverlangt.

Vielleicht sollte das Karenzgeld für alle einen anderen Namen bekommen, damit es nicht solche Emotionen weckt. Ganz sicherlich sollten jedoch jene, die berufstätig sind, zusätzlich eine Art Versicherungsleistung für die Verdienstauffälle bekommen, die sie haben, wenn sie „nur“ das einheitliche Karenzgeld bekommen.

Daß in einer doch so „reichen“ Gesellschaft sich immer weniger Frauen und Männer zutrauen, ein Kind großzuziehen, sollte zu denken geben und uns ermutigen, ohne Polemiken nach Lösungen zu suchen. Die Wissenschaft könne hierbei sicherlich hilfreich sein. So wie Sie Ihren Beitrag schreiben, Herr Marin, dürfen wir dies von Ihnen leider nicht erwarten.

**Dr. Gertraude Steindl**  
*aktion leben österreich*  
1010 Wien

*Die Berechnung zum Karenzgeld für alle“, 4. März*

Äußern sich Ministerialbeamte des Finanz- und Familienministeriums so, wie unter dieser Überschrift wiedergegeben, muß dem einfachen Staatsbürger der Gedanke in Entsetzen versetzen, von einer Verwaltung abhängig zu sein, die (a) entweder über keine geeigneten Planungsunterlagen bzw. Statistiken verfügt oder die (b) offensichtlich unseriöse Behauptungen als Entscheidungsgrundlage hinstellen darf und (c) sich in jedem Fall als Wechselstelle für politisches Kleingeld einsetzen läßt. Es ge-

hört zum Geschäft des Politikers, je nach seinen Interessen zu behaupten, Karenzgeld für alle würde 2,7 oder 0,7 Milliarden Schilling kosten. Dieselbe Behauptung bekommt anderes Gewicht, wenn sie von einem Ministerialbeamten oder einer Ministerialbeamtin kommt.

Solches Verhalten ist besonders gut geeignet, das miserable Ansehen der Statistik weiter zu schädigen. Ist es wirklich so, daß Ministerialbeamte Kostenschätzungen abgeben können, deren höchste um mehrere hundert Prozent über der geringsten liegt? Ist es wirklich so, daß Ministerialbeamte die demographischen Schätzungen für einen Zeithorizont von nur ein oder zwei Jahren nach Belieben manipulieren? Ist es wirklich so, daß die Autorität des Österreichischen Statistischen Zentralamtes so gering ist, daß man seine Projektionen als Beliebigkeiten abtun kann? Ist dieses Bild unserer staatlichen Verwaltung nicht entsetzlich und beschämend?

**Univ.-Prof. Dr. h.c. Dr. Peter Hackl**  
*Präsident der Österreichischen Statistischen Gesellschaft*  
1090 Wien